

16.01.2018

Änderungsantrag

der Fraktion

der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/539

zu der Beschlussempfehlung und dem Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/1700

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)

hier: **Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen**
 Neuer Titel
 Titel 462 40 Minderausgaben für Personalausgaben in
 den Ministeriumskapitel aller Einzelpläne

Haushaltsvermerk:

Der Minderausgabe ist in den Kapiteln 02 010, 03 010, 04 010, 05 010, 06 010, 07 010, 08 010, 09 010, 10 010, 11 010, 12 010 sowie 14 010 zu erwirtschaften.

Erhöhung des Baransatzes

	2018
von	-
um	10.000.000 Euro
auf	-10.000.000 Euro

Begründung:

Mit dem Haushaltsentwurf 2018 sind alleine in den Ministeriumskapitel 259 neue Stellen vorgesehen. Zusammen mit den 139 Stellen im Nachtragsetat 2017 summieren sich die zusätzlichen Stellen für die Ministerialbürokratie auf fast 400 in nicht mal einem Jahr. Neben wichtigen Aufgaben werden auch Stellen geschaffen, die als reine Aufblähung der Bürokratie bezeichnet werden können:

Datum des Originals: 16.01.2018/Ausgegeben: 17.01.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de
--

- In der Staatskanzlei wird ein neues Referat „Gesellschaftliche und ökonomische Grundsatzfragen“ mit 4 Stellen gegründet. Aufgabenstellung bisher unklar.
- Im Heimatministerium werden fünf Stelle für die „Transparenzkommission zur Aufgabenkritik zum Bürokratieabbau“ geschaffen
- 34 Stellen genehmigt sich Hendrik Wüst für eine ganz neue Fachabteilung in der Ministerialbürokratie

Da auch bisher keine Angaben gemacht wurden, wie die 139 Regierungsstellen aus dem Nachtrag gegenfinanziert werden sollen, obwohl es Minister Lienenkämper angekündigt hat, soll dieser Titel dazu dienen, den geschätzten Betrag der Hälfte der Stellen zu erwirtschaften. Da die Stellen zumeist der höheren Besoldungsgruppen angehören, scheint der Betrag von 10 Mio. € realistisch, ohne das es zu Qualitätsverlusten bei der politischen Arbeit kommt.

Norbert Römer MdL
Marc Herter MdL
Martin Börschel MdL
Stefan Zimkeit MdL

und Fraktion